



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Gesundheit, Rente: Sie wollen uns Jahrzehnte zurückwerfen!

Noch längere Wartezeiten auf einen Termin, noch mehr Zuzahlungen, noch mehr Behandlungen und Medikamente, die die Kasse nicht zahlt: Das plant die Regierung mit der „Gesundheitsreform“. Immer häufiger werden wir nur noch dann vernünftig versorgt, wenn wir es privat bezahlen. Und genau dasselbe plant die Regierung nun auch bei der Altenpflege und Rente, die nur noch eine „Basisabsicherung“ sein sollen.

Laut Kanzler Merz sollten wir mehr „Eigenverantwortung“ zeigen. Wir könnten uns nicht immer darauf verlassen, dass die Gesellschaft für uns sorgt. Eine Frechheit! Es ist genau umgekehrt. Wir Arbeitenden sorgen für die Gesellschaft. Wir bauen Kliniken und Fabriken. Wir produzieren und transportieren Lebensmittel, Medikamente und sonstige Güter. Wir pflegen die Kranken und organisieren den Alltag in Kitas und Altenheimen. Wir versorgen alle – auch Politiker wie Merz, und vor allem die Großaktionäre und Firmenbesitzer, die von unserer Arbeit leben.

Nur wird ein Teil unseres Lohns dafür nicht ausgezahlt, sondern fließt in ge-

meinsame Kassen, um uns bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter abzusichern. Es ist eine Gegenleistung dafür, dass sie uns ausbeuten und durch unsere Arbeit immer reicher werden. Doch genau das wollen die Kapitalisten heute zurückdrehen. Was sie planen, ist also eine radikale Lohnkürzung.

Mit der Gesundheitsreform plant die Regierung auch die Einführung einer „Teil-Krankschreibung“: Obwohl wir krank sind, können wir dann gezwungen werden, mehrere Stunden am Tag zu arbeiten.

Das ist ein weiterer massiver Angriff, der alle kranken Arbeitenden unter Druck setzen soll. Und es ist eine Methode, wie sie uns bei Krankheit weniger zahlen müssen – ohne offiziell Lohnfortzahlung oder Krankengeld zu kürzen.

Das hat sich die Regierung am Ende nämlich doch nicht getraut, auch wenn das Kapital es vehement gefordert hat. Denn daran haben sich ihre Vorgänger schon die Finger verbrannt.

1996 hatte die CDU-Regierung beschlossen, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von 100 auf 80% des

Lohns zu senken. Doch als der Daimler-Konzern das neue Gesetz anwenden wollte, legten 30.000 Arbeiter spontan die Arbeit nieder. Daimler musste zurückrudern und versprechen, auch weiterhin 100% zu zahlen. Ähnliches passierte in weiteren Großbetrieben, dann in ganzen Branchen, und am Ende wurde das Gesetz wieder abgeschafft.

Es ist der einzige größere Angriff der letzten Jahrzehnte, der verhindert wurde – eben weil Hunderttausende Arbeitende in verschiedenen Betrieben und Branchen ihm mit Streiks entgegengetreten sind.

Umso wichtiger ist diese Erfahrung heute, da die Regierung einen wahren Generalangriff auf alle und alles begonnen hat, der unsere Lebensbedingungen um Jahrzehnte zurückwerfen würde!

Wenn wir das nicht wollen, müssen wir Arbeitenden Widerstand organisieren. Niemand anderes wird dies tun. Und ein erster wichtiger Schritt ist, auf der Arbeit, mit Freunden, im Stadtteil zu diskutieren, wie wir uns zusammmentun, uns wehren und auch Hürden wie das fehlende Streikrecht überwinden können.

Warum sind die Krankenkassen wirklich leer?

Regierung und AfD stellen es so dar, als wären die Krankenkassen im Minus, weil sie angeblich so viele Migranten und Bürgergeldempfänger mitversorgen müssen.

Nur komisch: Vor der Corona-Pandemie hatten die Krankenkassen sogar einen Überschuss. Dabei gab es zu der Zeit MEHR Bürgergeld-Empfänger und Asylbewerber als heute, sogar fast eine Million mehr! Ihre Behauptung ist also eine Lüge, die nur einen Zweck hat: davon abzulenken, wer die Kassen in Wahrheit immer stärker ausplündert.

Tatsächlich nämlich sind die Krankenkassen seit Corona deshalb ins Minus gerutscht, weil die Preise für Medikamente, Strom und Geräte extrem gestiegen sind, unsere Löhne (und damit auch die Krankenkassenbeiträge) aber nicht.

Und diejenigen, die sich daran am meisten bereichern, sind die Pharmakonzerne, die immer unerschämtere Preise verlangen und dadurch sogar noch höhere Profit-Margen haben als die Rüstungs- und Ölkonzerne! Doch statt sie zur Kasse zu bitten, sollen wir Patienten noch mehr zahlen.

Dann sind da die Hedge-Fonds und Konzerne, die mittlerweile die Mehrheit der Krankenhäuser, Reha- und Pflege-Einrichtungen besitzen und jedes Jahr Milliarden aus dem Gesundheitsbudget herausaugen. Doch statt das Gesundheitswesen aus ihren Klauen zu befreien, soll noch mehr (!) beim Krankenhaus-Personal eingespart werden.

Und dann sind da noch die Privatversicherer. Wenn die Regierung ernsthaft

die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung stärken wollte, würde sie alle – auch die mit einem Monatseinkommen von 10.000 Euro, 50.000 Euro und mehr – zwingen, in die gesetzlichen Kassen einzuzahlen.

Und sie würde der Lebensmittelindustrie Vorschriften machen, statt uns mit einer Zuckersteuer zu bestrafen.

Doch all die Konzerne sollen sich weiter bereichern und uns krank machen dürfen. Und dafür werden wir ALLE angegriffen werden. Dafür sollen wir alle noch viel schlechter versorgt werden, ob wir nun Arbeit haben, arbeitslos oder Rentner sind, und egal welcher Herkunft wir sind. Nur, wenn wir uns nicht weiter gegeneinander aufhetzen lassen, sondern uns zusammmentun, können wir diesen Angriff aufhalten.

Straße von Hormus: Die größte Weltmacht in der Zwickmühle

Es ist offensichtlich, dass Trump in einer Zwickmühle steckt. Sein Plan, das iranische Regime „mal eben“ zu unterwerfen, ist gescheitert. Stattdessen ist nun die Straße von Hormus blockiert, die vor seinem Krieg für alle frei passierbar war.

Diese offensichtliche Zwickmühle kann einem eine gewisse Genugtuung bereiten, wenn man bedenkt, mit welcher Arroganz der US-Imperialismus immer der ganzen Welt seinen Willen aufzwingen will. Doch leider bezahlen andere, allen voran die Menschen im Libanon und dem Iran. Und vor allem wird sie zwangsläufig zu noch größeren Kriegen führen.

Denn die Zwickmühle, in der die USA heute stecken, ist nicht die Folge von Trumps Größenwahn und Fehleinschätzungen. Sie ist die Folge eines grundlegenden Widerspruchs: In Zeiten, in denen die Weltwirtschaft in der Krise steckt, greifen alle Großmächte zu immer aggressiveren Mitteln wie Zölle und letztlich auch Kriege, um ihre Konzerne beim Kampf um Absatzmärkte und günstige Rohstoffe zu unterstützen. So richteten

sich der Militärschlag gegen Venezuela und der Krieg gegen den Iran nicht zuletzt gegen China, den größten Konkurrenten der USA. Sie sollten die Lieferung großer Mengen günstigen Öls an China beenden und damit dessen Wirtschaft schaden.

Am Ende jedoch lösen all diese aggressiven Mittel die Probleme nicht, sondern führen nur zu noch größeren Krisen und damit schließlich... zu noch umfassenderen Kriegen, die noch mehr Probleme hervorbringen. Das ist der Widerspruch, in dem alle wirtschaftlichen Großmächte stecken.

So sind nun auch bereits das erste Bundeswehr-Schiff und ein französischer Flugzeugträger zur Straße von Hormus aufgebrochen. Auch Euro-

pa bereitet sich nämlich darauf vor, sich zur Sicherung der Interessen seiner Konzerne in den Machtkampf in der Region militärisch einzumischen... mit den nächsten unkalkulierbaren Folgen.

Es ist ein Teufelskreis; ein Widerspruch, aus dem es im Rahmen der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft keinen Ausweg gibt. Nur wenn wir den Kapitalismus überwinden, können wir diese lebensgefährliche Kriegsspirale beenden.



4. Mai: Bundeswehr-Schiff auf dem Weg zur Straße von Hormus

VW Osnabrück – bald ein israelischer Rüstungskonzern?

Volkswagen will sein Autowerk in Osnabrück verkaufen und verhandelt darüber... mit dem israelischen Rüstungskonzern Rafael. Der israelische Staatskonzern möchte dort Militärfahrzeuge bauen.

Denn die israelische Armee braucht Nachschub: Für ihren anhaltenden Terror in Gaza und dem Westjordanland. Für ihren Krieg im Südlibanon, den sie trotz der geltenden „Waffenruhe“ unvermindert fortsetzt und der seitdem weitere 2.500 Libanesen das Leben gekostet hat. Und auch für ihre zahlreichen Angriffe auf Syrien, Katar, Iran und andere Länder der Region.

Der israelische Staat hat in der letzten Zeit im gesamten Nahen Osten Krieg angefangen beziehungsweise angeheizt. Daher braucht er nun einen geschützten Produktions-Standort, wo (noch) kein Krieg ist, um für ihren brandgefährlichen Kriegszug die nächsten Waffen zu produzieren – und für den Export an europäische Staaten, die damit die nächsten Kriege beginnen können.

Das VW-Werk in Osnabrück bietet sich da an. Infrastruktur und ausgebildete Arbeitskräfte sind schon da – auch wenn Rafael direkt erklärt hat, nur einen Teil von ihnen zu übernehmen. Die Zukunft, die sie den VW-Arbeitern in Osnabrück bieten, ist also entweder arbeitslos zu werden oder für einige der derzeit schlimmsten Vernichtungskriege die Waffen zu produzieren.

Und wer dies kritisiert, steht vor Gericht

Als Protest-Aktion gegen die Militarisierung bei VW und in Deutschland hatten einige Osnabrücker das örtliche Manneken Pis (die Statue eines pinkelnden Polizisten) mit dem Foto von Verteidigungsminister Boris Pistorius versehen, mit einem übergroßen Penis und einem Schild „der kriegsgeile Pistorius“.

Eigentlich eine harmlose Aktion: Ähnliche Szenen – allerdings mit einem kriegsgeilen Putin – fanden sich auf den Düsseldorfer Karnevals-Wagen von Tilly. Doch es genügte, um zwei Osnabrückern eine Hausdurchsuchung und eine Anklage wegen „Beleidigung von Politikern und Amtspersonen“ einzubringen.

Die Herrschenden in Deutschland peitschen die Aufrüstung und die Kriegsvorbereitungen voran. Offensichtlich reagieren sie dabei sehr empfindlich auf jede Kritik. Vielleicht sind sie doch nicht so sicher, dass alle hinter ihnen stehen?

Wir betanken die Ölkonzerne

Die Bundesregierung hat also die Sprit-Steuer am 1. Mai für zwei Monate um 17 Cent gesenkt.

Aber sie erlaubt den Ölkonzernen weiterhin, die Preise willkürlich zu erhöhen. Was diese auch schon einen Tag später wieder getan haben.

Es passiert, was die Regierung auch vorher schon wusste. Die Ölkonzerne stecken sich die Steuer-senkung selber in die Tasche, genau wie 2022.

Dabei haben sie seit Kriegsbeginn ihre Gewinne bereits um 300-400% erhöht!

Finanziert werden soll das Ganze durch eine Erhöhung der Tabaksteuer. Die einfache Bevölkerung finanziert also... ein weiteres Milliarden-geschenk an die Ölkonzerne.

Gesundheit, Rente... und nun Milliarden-Kürzungen bei den Kindern!

Die Regierung plant drastische Kürzungen bei Kindern und bei Menschen mit Behinderungen. Mindestens 10 Milliarden Euro will sie hier einsparen – und am meisten bei den Schwächsten.

Kinder mit Behinderung sollen keine Begleitperson mehr bekommen, die sie in der Schule unterstützt. Das sollen stattdessen die Lehrerinnen und Lehrer „mal eben“ mitübernehmen! Drei Milliarden Euro sollen so auf dem Rücken der betroffenen Kinder und Lehrkräfte eingespart werden.

Auch Kinder von alleinerziehenden Müttern sind im Fadenkreuz. Wenn die Väter nicht oder nur unregelmäßig Unterhalt zahlen, schießt bislang das Jugendamt den Unterhalt vor und holt sich das Geld dann nach Möglichkeit von den Vätern zurück. Nun soll dies nur noch bei Kindern bis 12 Jahren geschehen. Bei 200.000 älteren Kindern, deren Väter

ebenfalls nicht zahlen, sollen die Familien künftig ohne einen Cent Unterhalt klarkommen. Eine Katastrophe!

Gesundheit, Rente, Pflege... und nun die Kinder: Überall wird alles zer-

schlagen, was es über Jahre an Schutz und sozialer Sicherung gab. Und zwar vor allem, weil die Regierung das Geld stattdessen für Rüstung und Militär ausgeben will. Dies ist der einzige Posten im Haushalt, der steigt. Im nächsten Jahr sollen hier erneut 28% mehr ausgeben werden – stolze 106 Milliarden Euro. Und in vier Jahren sollen sogar 180 Milliarden Euro hierfür ausgegeben



werden: ein Drittel des gesamten Bundeshaushalts!

Für den vermeintlichen Schutz unserer Sicherheit und unseres Lebens, in Wahrheit aber für gigantische, überbeuerte Aufträge an die Rüstungskonzerne und die Vorbereitung von Krieg, bedroht unsere eigene Regierung heute unsere Sicherheit und Lebensbedingungen.

Von 15 Millionen kann man viele Türen reparieren

Wie oft ist es ein Kampf, dass Vonovia einen kaputten Aufzug oder die Haustür repariert! Bei ständig steigenden Mieten und nicht nachvollziehbaren, überhöhten Nebenkosten hat der Konzern für alle Reparaturen einen Igel in der Tasche.

Doch Vonovia kann auch großzügig sein: Seinem langjährigen Vorstandsvorsitzenden Rolf Buch hat der Konzern zum Abschied eine kleine Abfindung von 15 Millionen Euro gezahlt.

Es ist ein Dank dafür, dass Buch die Mieter so geschröpft hat und dadurch die Großaktionäre über viele Jahre mit hohen Gewinn-Ausschüttungen beglücken konnte.

Doch selbst dieses Dankeschön spendieren ihm die Aktionäre nicht aus ihrer eigenen Tasche, sondern von eben dem Geld, das er den Mietern aus der Tasche gezogen hat.

Anschläge, die nicht in ihre Propaganda passen

Am 4. Mai ist ein 33jähriger Deutscher in Leipzig mit einem Auto in die Menge gestürzt, hat zwei Menschen getötet und mehrere schwer verletzt. Er hatte offensichtlich schwere psychische Probleme.

Einen Monat zuvor, am 2. April, hat ein 20-Jähriger Deutscher – mit mehreren Messern bewaffnet – im ICE von Aachen nach Frankfurt mehrere Sprengsätze gezündet und 12 Menschen verletzt. Der Täter war wegen verschiedener krimineller Delikte polizeibekannt und hatte, wie auch in seinem Bekenntschreiben deutlich wird, mindestens rechtsextreme Tendenzen.

Wie alle Anschläge hinterlassen sie ein Gefühl des Entsetzens. Doch wären die Täter Migranten gewesen, hätten AfD und Co. längst eine Hetzjagd gegen „die Migranten“ in den (sozialen) Medien begonnen und dabei alle Migranten mit Attentätern gleichgesetzt – und die Regierung hätte sofort härtere Gesetze und mehr Abschiebungen für ALLE Migran-

ten versprochen.

Diesmal sind alle leise. Denn wie will eine AfD solche Anschläge ausnutzen? Sie kann ja schlecht Abschiebungen und härtere Strafen gegen alle Deutschen fordern, weil ja alle Deutschen potenzielle Attentäter wären.

Die Zunahme von Anschlägen und Amoktaten sind die Folge einer Gesellschaft, die weltweit den Bach runtergeht; die Hass und Verzweiflung schürt, die Menschen wortwörtlich krank macht und in den Wahnsinn treibt. Es gibt keine einfache Lösung, um dies zu verhindern. Dafür müssen wir diese kaputte Gesellschaftsordnung grundlegend ändern.

Die rechtsextremen Stimmungsmacher hingegen, die sich die Wahrheit nach Belieben zurechtbiegen, um gegen alle Migranten zu hetzen, sind nicht nur verlogen. Ihre Hetze vergiftet unseren Alltag und ist mindestens ebenso gefährlich.

Schulden: Von Banken und Finanzhaien ausgeblutet

Die Weltbank hat gerade einen Bericht über die Rekordverschuldung der 78 ärmsten Länder veröffentlicht, die sich auf fast 9 Billionen Dollar beläuft. Entsprechend hoch ist der Anteil des Haushalts, den diese Länder für die Rückzahlung ihrer Schulden ausgeben müssen. Und es wird jedes Jahr mehr! Im letzten Jahr mussten sie bereits 16,5% mehr für die Zahlung der Schulden ausgeben – Geld, das fast vollständig an Banken und Finanzhaie in Europa und den USA fließt – während sie entsprechend weniger für Gesundheit, Bildung oder den Bau unverzichtbarer Infrastrukturen ausgeben können. In den 22 am höchsten verschuldeten Ländern haben 56% der Bevölkerung keinen Zugang zu gesunden und nahrhaften Lebensmitteln.

Die armen Länder verarmen auf diese Weise immer weiter und bereichern die Banken und Finanzgeier, die ihnen Geld zu immer unerschwinglicheren Zinssätzen leihen.

Die neuen Sklaven bei Tönnies und Westfleisch

Schon wieder haben sich die Unternehmer der Fleischindustrie etwas Neues ausgedacht. Jahrelang haben sie vor allem osteuropäische Arbeiter bis aufs Blut ausgebeutet. Nun versuchen sie ihr Ausbeuter-Glück bei Arbeitern aus Indien und Vietnam.

Sie lassen sie über Agenturen anwerben, die von den Arbeitern und ihren Familien zunächst 4.000 Euro, am Ende dann aber real bis zu 10.000 Euro Vermittlungsgebühr für eine Arbeit in Deutschland verlangen – ein Vermögen in diesen Ländern. Fast alle müssen sich dafür verschulden. Und mit diesen Schulden erpressen die Fleischkonzerne sie.

Egal wie viele Stunden sie arbeiten sollen, wie schwer die Arbeit ist, wie viel Lohn ihnen für die Werkswohnung abgezogen wird, jeder Arbeiter überlegt gut, ob er etwas dagegen sagt. Denn sonst ist man ganz schnell gefeuert, fliegt aus der Werkswohnung und droht obendrein

sein Arbeitsvisum zu verlieren. Und dann kann man seine Schulden nicht zurückzahlen.

Betroffene berichten, dass sie sich beim Fleischzerlegen, einer schweren und monotonen Arbeit, oft und teilweise schlimm in die Hand schneiden. Als einige deswegen einen Krankenschein nehmen mussten, wurden sie gefeuert. Also arbeiten Viele auch krank weiter. Das zuständige Ministerium in NRW weiß von dem Lohnbetrug und dem Menschenhandel. Doch angeblich konnte es „keine Unregelmäßigkeiten“ feststellen.

Genauso lief es ab, als die Fleischbarone jahrelang die osteuropäischen Arbeiter mit ähnlichen Methoden halb versklavt haben. Erst als diese zunehmend Mut fanden, sich zu wehren und ihre Arbeitsverhältnisse (während Corona) öffentliche Empörung auslösten, hat sich dies geändert.



2021: Streik osteuropäischer Arbeiterinnen und Arbeiter bei Tönnies

Aldi: Bisläng kann die KI nur Entlassungen schreiben

Aldi Süd will in Mülheim (Ruhr) bis Ende nächsten Jahres 1.250 Arbeitende entlassen, fast alle bei der IT-Tochter Aldi DX. Den Großteil ihrer Arbeit sollen die verbleibenden 2800 Beschäftigten mit übernehmen – unter dem Vorwand, bald würde ja Künstliche Intelligenz ihnen helfen, den Berg zusätzlicher Arbeit zu bewältigen. Nur ist von dieser KI weit und breit noch nichts zu sehen.

Das Management von Aldi Süd gibt offen zu, dass es einzig darum gehe, den Gewinn des (bereits extrem reichen) Konzerns zu „optimieren“. Für diese Profit-„Optimierung“ setzen sie im Ruhrgebiet, wo ohnehin schon die höchste Arbeitslosigkeit Deutschlands herrscht, weitere 1.250 Arbeitende auf die Straße.

Schon im letzten Jahr war der Druck stark gestiegen und Hunderte Beschäftigte „wurden gegangen“. Eine Reihe Kollegen haben sich daraufhin heimlich organisiert, um einen Betriebsrat zu gründen. Denn Aldi Süd ist berüchtigt dafür, dies mit allen Mitteln zu verhindern.

Auch bei Aldi DX haben sie es versucht. Doch am Ende haben sich über 1.000 Arbeitende getraut, am 31. März in einer offenen Versammlung die Gründung eines Betriebsrats zu beschließen. Und man kann hoffen, dass ihnen diese ersten Erfahrungen dabei helfen, sich gegen diesen massiven Angriff zur Wehr zu setzen.

Wild-West-Ausbeutung im Paketdienst

DHL, Amazon und Co. lassen mittlerweile die Hälfte ihrer Pakete von kleinen Subfirmen ausliefern. Diese sind so klein, dass es für die Arbeitenden noch viel schwerer ist, sich zusammenzutun und zu wehren. Entsprechend herrschen regelrechte Wild-West-Methoden.

Zum Teil unterzeichnen die Paketboten ihre Arbeitsverträge nur noch auf einer Plattform im Internet. Und dort sind sie dann plötzlich gelöscht, und die Arbeitenden können nicht einmal beweisen, dass ihnen noch für zwei oder drei Wochen Lohn zustehen würde.

Offiziell bekommen sie Mindestlohn. Doch oft müssen sie auf ihrer Tour 100 Pakete und mehr ausliefern. Und wenn sie damit nach 8 Stunden nicht fertig sind, müssen sie Überstunden machen – und zwar meist umsonst. Auch Tanken oder das Fahrzeug reinigen müssen sie unbezahlt in ihrer „Freizeit“.

Jeder dritte, der Pakete über 20 Kilo ausliefert, bekommt vom Unternehmen nicht einmal eine Sackkarre. Teilweise kaufen sie sich diese privat... während die Logistik-Konzerne mit ihrer Ausbeutung Milliarden Profite machen.

... Hand in Hand mit der Regierung

Die meisten, die bei diesen Subfirmen arbeiten, kommen aus Osteuropa oder sind Geflüchtete aus Syrien oder Afghanistan. Wegen ihrer unsicheren Aufenthaltsgenehmigungen und zu geringen Deutschkenntnissen können sie keine Arbeit zu besseren Bedingungen finden.

In dieser Lage befinden sich immer mehr Migranten. Denn um damit Wahlwerbung zu machen, verweigert die Regierung Merz möglichst Vielen eine langfristige Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung – und sogar den Deutschkurs, mit dem sie in die Pflege gehen oder Busfahrer werden könnten.

Die Regierung Merz treibt so Jahr für Jahr Hunderttausende weitere Arbeitende in eine Notlage. Sehr zur Freude von DHL, Amazon und all den anderen Ausbeutern, die nur darauf warten sie auszunutzen.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org